

Redeauszug Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Regierungserklärung der Ministerpräsidentin“

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, ich bedanke mich ausdrücklich für die Regierungserklärung, die in weiten Teilen Punkte aufgemacht hat, wo man sieht, dass eine Perspektive aufgemacht werden soll, dass Thüringen sich entwickeln soll, dass erneuerbare Energien eine Alternative der Energieversorgung sind, die Sie auch unterstützen. Ich muss nur sagen, das, was Sie heute Morgen gesagt haben, passt überhaupt nicht mit dem zusammen, was Herr Mohring hier gerade abgeliefert hat.

Ich stelle einfach mal die Frage in den Raum, da ich jetzt doch sehr verunsichert bin, in welche Richtung sich die CDU Thüringen denn nun entwickeln will. Bei einem Atomkraftwerk gibt es nur eine Möglichkeit: An oder aus. Dazwischen ist nichts. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich entscheiden.

Meine Damen und Herren, Japan ist von der schwersten Naturkatastrophe in seiner Geschichte getroffen worden. Der gemeinhin gut auf Erdbeben vorbereitete Inselstaat muss allein bis heute 9.400 Männer, Frauen und Kinder betrauern. Die Behörden in Japan gehen von weiter steigenden Opferzahlen aus. Es werden noch mindestens 14.000 Menschen vermisst und es ist durchaus anzunehmen, dass die meisten von ihnen nicht mehr lebend gefunden werden können.

Wie bei jeder Katastrophe solchen Ausmaßes sind es vor allem Kinder, die darunter leiden. Die Organisation "Save the children" - so war im britischen "Guardian" zu lesen - geht von 100.000 Kindern aus, die ihr Zuhause durch die Erdbeben und den Tsunami verloren haben. Das sind unglaubliche Zahlen. Das macht uns deutlich, wie weit die Tragik dieser Ereignisse geht. Hinzu kommt noch etwas anderes: Für gewöhnlich ist in Japan im Augenblick eine sehr fröhliche Zeit, es ist Kirschblütenzeit, da feiert man abends. Wer sich mit der japanischen Kultur ein bisschen auskennt, der weiß, dass das eine besondere Zeit ist in dem Land. Jetzt

kämpfen die Überlebenden in den Katastrophengebieten aber vor allen Dingen mit der Trauer und sie kämpfen zusätzlich mit Schnee und Frost, der zur sogenannten Kirschblütenzeit ungewöhnlich ist.

Meine Damen und Herren, Japan ist kein Entwicklungsland. Es gehört zu den wohlhabendsten und hochentwickeltesten Ländern der Welt. Es verfügt über effiziente staatliche Strukturen. All dies wird den Japanern vermutlich helfen, diese Katastrophe zu bewältigen, sofern man hier überhaupt von Bewältigung sprechen kann. Aber, meine Damen und Herren, wir können und wir müssen Japan, den Männern, Frauen und Kindern, unabhängig davon auf jede erdenkliche Art und Weise helfen, zumal Japan immer einer der ersten Staaten war, die, wenn es um Naturkatastrophen ging, ihre Hilfe angeboten haben.

Erdbeben, Tsunami und dieser erneute Wintereinbruch, das alles wären bereits unglaublichen Katastrophen selbst für ein Land wie Japan. Aber die Befürchtungen, die viele Atomexperten gerade mit Blick auf das Erdbebenland Japan und die Erfahrung mit der Betreibergesellschaft Tepco hatten, haben sich auf erschreckende Art und Weise bewahrheitet. Die neueste Zahl des Tages ist, dass Tepco einen Notkredit in Höhe von 17,4 Mrd. € aufgenommen hat, um diese Katastrophe in Japan schultern zu können. Alleine diese 17,4 Mrd. € zeigen, dass Atomkraft nicht nur überaus gefährlich ist, sondern auch viel zu teuer, um daran festzuhalten.

Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen die Details nicht noch mal darzulegen. Die Welt sieht sich mit mindestens einer partiellen Kernschmelze in Fukushima I konfrontiert.

Man geht im Augenblick davon aus, dass in einem der sechs Reaktoren eine Kernschmelze zu 70 Prozent bereits vollzogen ist. Die Folgen für die Präfektur Fukushima mit über 2 Mio. Einwohnern sind derzeit noch nicht absehbar. Ob und wie weit der Großraum Tokio mit über 35 Mio. Einwohnern betroffen ist, ist auch unklar.

Tokio, die größte Metropole der Welt, alles ist getaktet, hoch technologisiert, hoch modern, steht auf einmal still. Alles ist anders und man muss abwarten, wie sich Fukushima entwickelt und ob der Mensch, der der Ansicht ist, er hätte alles im Griff, es tatsächlich im Griff hat. Er hat es nicht im Griff. Das zeigt, dass man versucht, etwas mit Meerwasser zu kühlen, was gar nicht mehr zu kühlen ist.

Meine Damen und Herren, uns alle haben die Nachrichten und Bilder aus Japan betroffen gemacht. Ich habe die Ministerpräsidentin sehr rasch nach den schrecklichen Ereignissen in Japan um ein Treffen der Fraktionsvorsitzenden gebeten. Das hat auch stattgefunden und dabei wurde angeregt, einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu verfassen, unter dem sich die Fraktionen im Thüringer Landtag versammeln können.

Ich bin - und das sage ich ganz ausdrücklich - ich bin allen Fraktionen sehr dankbar für die Arbeit der vergangenen Tage. Wir haben - das sage ich auch ganz bewusst - darum gerungen, einen gemeinsamen Konsens zu verabschieden. Klar war aber auch und spätestens nach der Rede von Herrn Mohring, ist es noch deutlicher geworden, nicht nur unsere Fraktionen, sondern auch anderen, es kann zu diesem Thema keinen gemeinsamen Entschließungsantrag geben. Wir liegen naturgemäß in energiepolitischen Dingen viel zu weit auseinander und der gemeinsame Antrag ist deswegen auch nicht möglich. Es hat auch überhaupt nichts mit Aufgeregtheit zu tun. Das hat einfach etwas mit Prinzipien, mit Geradlinigkeit und mit Rückgrat zu tun.

Diese Entscheidung haben wir uns nicht leicht gemacht, das sage ich ganz bewusst. Ich will das auch begründen, weil wir natürlich gesagt haben, wir gehen in diesen Prozess mit hinein, wir sprechen miteinander, was sind die Punkte, unter denen wir uns versammeln können. Wir haben dann ganz klar für uns an einem bestimmten Punkt gesagt, das gehört in diesen Erschließungsantrag. Sie wollten nicht zustimmen, deswegen gibt es die alternative Form, die von uns vorliegt. Eines der Gründungsthemen, eine der bündnisgrünen Wurzeln ist der schnellstmögliche und endgültige Ausstieg aus der Atomkraft. Dieses Ziel haben die GRÜNEN und später BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nie aus den Augen verloren und mit der Regierungsübernahme im Bund 1998 zusammen mit der SPD auch weiter verfolgt. Ich will auch bewusst sagen, dass der Atomkonsens aus dem Jahr 2000 mit der Umsetzung 2002 für die Grünen ein schmerzhafter Kompromiss war. Es war ein schmerzhafter Kompromiss von dem wir heute sagen, dass es ein Minimalkonsens war. Auf einen Minimalkonsens lassen wir uns beim Thema Atomkraft nicht mehr ein.

Unsere grüne Forderung damals war und ist heute: Der Sofortausstieg. Die sofortige Abschaltung der AKW war politisch nicht durchsetzbar; da ging es um Eigentumsrechte der AKW-Betreiber. Es gab harte Verhandlungen. Es ging auch um die Frage, wie der Atommüll künftig begrenzt werden kann. Am Ende stand ein Kompromiss, den übrigens CDU und FDP im Bundesrat mitgetragen haben. Wir haben damit einen gesamtgesellschaftlichen Konsens

erreicht, der die Versorgungssicherheit garantiert, auf die beim Thema Energie und Preisstabilität gerne abgestellt wird.

Das kommt gleich noch, Herr Zeh. Und wir sind unseren internationalen Verpflichtungen bei den CO₂-Emissionen trotzdem nachgekommen. Wie gesagt, es war ein Konsens. Nicht mehr und nicht weniger. Wir halten uns mehr erhofft, aber mehr war nicht möglich. Für Rot-Grün war dieser Kompromiss nur tragbar, weil wir keinen Rabatt auf die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger bei dem Atomkonsens zugunsten wirtschaftlicher Überlegungen gewährt halten. Deswegen ist im Ausstiegsvertrag von 2000 - vielleicht kennen Sie den ja, Herr Barth, vielleicht waren Sie damals im Bundestag - zu lesen,

ich zitiere jetzt auch, Herr Barth, wenn Sie mich lassen: "Während der Restlaufzeiten wird der von Recht und Gesetz geforderte hohe Sicherheitsstandard weiter gewährleistet." Das steht im Vertrag.

Ja, Moment. Das heißt konkret, dass Atomkraftwerke nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zu betreiben sind und dass die Betreiber dazu verpflichtet sind, die bestmögliche Vorsorge zu leisten, Herr Barth. Das steht im zweiten Satz. Auf dieser Grundlage hat der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin Folgendes getan: Er hat Biblis abschalten müssen wegen zu kleiner Sumpfsiebe und wegen falscher Dübel. Er hat Brunsbüttel abschalten müssen, weil es eine Wasserstoffexplosion gab. Er hat Philippsburg abschalten müssen, weil das Sicherheitsmanagement unzureichend war. Zum Teil geschah das in einigen Bundesländern, in Baden-Württemberg und in Hessen zum Beispiel, gegen den Willen der CDU-Umweltminister. Das musste per Weisung erzwungen werden.

Dann frage ich Sie, wie Sie sich heute hier hinstellen und sagen können, Thüringen müsse mehr in die Forschung der Kerntechnologie investieren, da dreht sich mir wirklich der Magen um.

Mit dem Ausstiegsbeschluss damals wurde erstmalig gesetzlich eine regelmäßige Sicherheitsüberprüfung aller Atomkraftwerke mit festen Terminen vereinbart. Das gibt es seit dem Jahr 2000; das gab es vorher nicht. An den Risiken, die es bis 2000, nach 2000 und übrigens auch heute nach dem 11. März 2011 gibt, hat sich überhaupt nichts geändert. Ich will an dieser Stelle kurz zitieren, Gerd Antes ist Journalist der FAZ und hat letzte Woche in der FAZ geschrieben: "Grundsätzlich kann niemand sagen, dass in Japan das Unmögliche

eingetreten ist; es ist nicht mal überraschend, dass es eingetreten ist. Das sogenannte Restrisiko war niemals Null, bei den meisten Menschen, übrigens auch Politikern, wird daraus eine gefühlte Null."

Das ist ein FAZ-Journalist. Ich denke, der ist unverdächtig, dass er grüne Dogmatik meint vortragen zu müssen. Mit Rot-Grün wären inzwischen übrigens Biblis A und B, Neckarwestheim 1, Brunsbüttel und Isar 1 stillgelegt.

Ich sage das, weil genau wie Herr Mohring manche vielleicht auch letzten Sonntag Fernsehen geschaut haben. Die Kanzlerin in "Berlin direkt" meinte, die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke hätte überhaupt keine Auswirkungen auf den jetzigen Status der Atomkraftwerke in Deutschland, das stimmte nicht. Fünf Atomkraftwerke wären bereits stillgelegt. Noch in diesem Jahr würden Unterweser und im März nächsten Jahres Phillipsburg 1 folgen. Das sind die Fakten. Genauso würde es aussehen, hätte es die schwarz-gelbe Laufzeitverlängerung nicht gegeben.

Wenn wir also fordern, die sieben ältesten Atommeiler sofort und dauerhaft abzuschalten, dann ist das nichts anderes als zunächst erst einmal die Rückkehr zum rot-grünen Atomausstieg. Es ist im Übrigen nichts anderes als die Rückkehr zu einem gesamtgesellschaftlichen Konsens, denn die Mehrheit der Deutschen will längst das Abschalten der Atomkraftwerke. Herr Mohring, das gehört mit dazu, wenn Sie Forsa zitieren, erstens, diese Umfrage wurde vor dem 11. März erhoben, und zweitens, über 55 Prozent derjenigen, die befragt wurden, in welchem Zeitraum sie Atomkraftwerke abschalten lassen würden in der Bundesrepublik von den 17, haben gesagt, wir wollen es in den nächsten fünf Jahren.

Gleiche Umfrage, gleiche Zahlen - nennen Sie bitte alle und nicht nur die Hälfte, die Ihnen passt. Unsere Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, der wurde abgelehnt. Also Initiativen auf Bundesebene gibt es, ich hörte vorhin, es sei ein Mangel zu verzeichnen. Wenn Sie es nicht hinbekommen, wir haben es schon hinbekommen. Wir ziehen Konsequenzen daraus, auch das - ich betone es noch mal - gehört zur Geradlinigkeit dazu.

Würden die ältesten sieben Anlagen tatsächlich in Kürze stillgelegt ohne eine Anpassung des Atomgesetzes - und das ist ein weiterer Punkt, den wir versucht haben in den Entschließungsantrag reinzuverhandeln -, so könnten die Betreiber diese riesigen

unverbrauchten Strommengen auf jüngere Kraftwerke übertragen. Genau das wollen wir nicht, wir wollen nicht, dass sieben AKWs stillgelegt werden und der Stromverbrauch durch andere AKWs genauso produziert wird. Das wollen wir nicht, weil das heißen würde, dass man die jüngeren Atomkraftwerke mit einer Laufzeitverlängerung bis über 2050 hinaus ausstattet. Das sind noch fast 40 Jahre, das muss man sich mal vorstellen, so etwas darf man nicht mal ernsthaft in Betracht ziehen.

Vielleicht noch eine Zahl an dieser Stelle. Heute ohne die sieben Atomkraftwerke am Netz, produzieren wir / im Augenblick in der Bundesrepublik 8,4 GW Strom weniger als gewöhnlich. Im gleichen Moment, in der gleichen Minute jetzt kann ich auch sagen, dass wir heute an diesem Tag 10 GW allein durch Photovoltaik produzieren.

Da sehen Sie, was guter Strom ist und was möglich ist. Und es ist keine juristische Haarspalterei, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen insbesondere von CDU und FDP, wenn wir sagen, dass die Einrichtung eines sogenannten Moratoriums abzulehnen ist schon schlicht aus verfassungsrechtlichen Gründen.

Es mag ein gutes Ansinnen sein, diese Brücke zu bauen - Sie reden ja so gern von Brücken, ich rede jetzt auch einmal von einer Brücke -, um tatsächlich zu sagen, diese sieben wären dauerhaft abzuschalten, aber es hat keine juristische Grundlage und es wird im schlimmsten Fall - Herr Ramelow hat es gesagt - den AKW-Betreibern die Möglichkeit geben zu klagen. Das ist eine teure Brücke, die Sie wieder bauen, wieder um der Kernkraft willen und das lehnen wir ab.

Und noch etwas lehne ich ab: Sie haben sich auf Herrn Brüderle berufen. Ich weiß nicht, ob Sie heute Herrn Brüderle in der "Süddeutschen Zeitung" gelesen haben. Heute ist kein guter Tag, um sich auf Herrn Brüderle zu berufen. Es gibt eigentlich selten gute Tage dazu.

Sie haben gesagt, Herr Mohring: "Ich unterstütze Herrn Brüderle." Vielleicht haben Sie beides gelesen. Herr Brüderle sagt heute in der Süddeutschen: "Das AKW-Moratorium ist nur Wahlkampfaktik."

Das ist so durchsichtig und so unglaublich schäbig, dass ich an dieser Stelle einfach sagen muss. es ist peinlich, sich auf ihn zu berufen und es ist noch peinlicher, ihn zu unterstützen.

Gut, da bin ich froh, dass es sich nicht auf heute bezog.

Frau Präsidentin, vielen Dank. Schön, dass Sie auch mal unruhig werden bei dem Thema. Das finde ich doch sehr amüsant, dass dann doch der eine oder andere Fakt Sie zum Nachdenken zwingt.

Ein Wort zu den Kosten. Es ging vorhin um die soziale und um die ökonomische Frage. Zunächst einmal: Wir wissen, Atomstrom ist schon jetzt weitgehend verzichtbar für die Stromversorgung in Deutschland. Obwohl die Atomstrommenge in Deutschland seit Jahren tendenziell zurückgeht, erzielen wir enorme Überschüsse.

Das heißt, wir exportieren Strom - jährlich um die 14 Mrd. Kilowattstunden. 14 Mrd. Kilowattstunden werden exportiert, das heißt, Atomkraft ist also für die Sicherstellung der Stromversorgung in der Bundesrepublik mindestens mit diesen 14 Mrd. Kilowattstunden überhaupt nicht nötig.

Weder sind die erneuerbaren Energien teuer¹noch Atomstrom billig. Ich möchte es schon immer gern im Verhältnis sehen. Sie haben vorhin gesagt, was Fukushima und die Katastrophe uns kosten werden. Ich habe Ihnen gesagt, was das für den Betreiber Tepco kostet, ich habe Ihnen noch nicht gesagt, was Endlager kosten und viele andere Dinge, die für uns in der Bundesrepublik von Bedeutung sind - Kosten, die im Übrigen die Endverbraucher zu zahlen haben.

Die Lüge, die Mär vom billigen Atomstrom, die können Sie sich wirklich abschminken.

Das zeigt übrigens auch das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Gutachten, in dem steht, dass es völlig egal ist, ob die Restlaufzeiten um zwei, 12 oder 15 Jahre verlängert werden. Am Ende wird Strom dadurch nicht billiger. Man braucht neue, gute und kreative Ideen. Deswegen empfehle ich einen Blick in das Gutachten - mit dem arbeitet auch der Bundesumweltminister.

Unsere Forderungen und Schlussfolgerungen für Thüringen sind klar und unser Entschließungsantrag macht deutlich, worum es geht. Folgende sechs Punkte möchte ich gern einfach noch einmal hervorheben, um deutlich zu machen, was für uns GRÜNE wichtig ist: Erstens - das habe ich jetzt ausführlich ausgeführt - den schnellstmöglichen und endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft.

Zweitens - eine Novellierung des Landesentwicklungsprogramms. Drittens - eine Energiewende, unter anderem durch mehr Energieeffizienz. Viertens - ein Klimaschutzgebäudegesetz. Fünftens - Thüringen und die Stadtwerke. Zu den Punkten will ich jetzt noch kurz etwas sagen:

1. Ich bin sehr froh über die klaren Worte der Ministerpräsidentin heute in Bezug auf die Atomkraft. So manche Formulierung, die Sie heute hier vorgetragen haben, hätte vielleicht auch dem gemeinsamen Entschließungsantrag gutgetan, wenn denn nur aus all dem, was heute hier vorgetragen wurde, auch Taten folgen würden. Ich habe die Ministerpräsidentin so verstanden, dass sie sich auf jeden Fall vorstellen kann: Das Moratorium hat langfristige Folgen, mit anderen Worten - die sieben gehen nicht wieder an das Netz. Wenn ich Sie so richtig verstanden habe - was ich mir sehr wünschen würde -, dann wären Sie deutlich weiter als die Fraktion.

(Zwischenruf Lieberknecht, Ministerpräsidentin: Das habe ich nicht gesagt.)

Ich frage nur nach, weil mich diese Meinungsvielfalt dann doch immer wieder verwundert. Wir fordern die Landesregierung daher auf, sich der Verfassungsklage der Bundesländer Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz gegen die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke einzusetzen. Das wäre die Konsequenz aus dem, was Sie hier sagten.

2. Durch die Novellierung des Landesentwicklungsprogramms müssen Vorrangflächen und Vorgaben für den Ausbau der erneuerbaren Energien endlich verbindlich gesetzlich festgelegt werden. Das soll sicherstellen, dass bis 2025 mindestens 50 Prozent und spätestens 2050 100 Prozent des Energiebedarfs in Thüringen aus regenerativen Energien abgedeckt werden können. Das ist unser Ziel.

3. Die Landesregierung muss Rahmenbedingungen schaffen, die die Reduzierung des Energieverbrauchs und der Emissionen im Verkehr fördern. Sie haben heute ganz viel über Energieeffizienz gesagt. Der Bereich Verkehr wurde aber völlig ausgespart, aber Energieeinsparung, übrigens besonders im Verkehrsbereich, ist das A und O. Ich zitiere an der Stelle auch mal den sehr, sehr unverdächtigen Meinhard Miegel, der in "Exit - Wohlstand ohne Wachstum" schreibt: "Wir vergeuden ein Drittel der Energie sinnlos und endliche Ressourcen wie Erdöl gedankenlos und verbrauchen diese, um uns ein Süppchen zu kochen." Recht hat er - was Energieeffizienz angeht, haben wir noch viel zu tun. Wir müssen übrigens auch viel lernen.

Herr Mohring, ein Wort zu dem Glas hier im Hause. Passivhäuser werden ganz oft mit sehr viel Glas gebaut. Es dämmt im Übrigen auch sehr gut, weil es inzwischen moderne Formen gibt, Fenster in Häuser einzusetzen. Durch Dreifachverglasung geht Ihnen keine Energie verloren, im Gegenteil.

4. Die Länder haben im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz des Bundes die Aufgabe übertragen bekommen, den ordnungsrechtlichen Rahmen für die energetische Sanierung im Gebäudebestand zu setzen. Die Landesregierung hat hier bislang wenig getan, obwohl sie heute in ihrer Regierungserklärung den Passus "die energetische Gebäudesanierung vorantreiben" hallen. Ich habe den wohl gehört, aber Eigentum verpflichtet eben auch zum konkreten Klimaschutz. Unsere Fraktion arbeitet schon länger und wird - das kann ich hier schon ankündigen - im nächsten Plenum einbringen ein Klimaschutzgebäudegesetz für den Bestand, das klare Kriterien für die wirtschaftliche Nutzung von regenerativen Energien in Gebäuden auch festlegt. Wir wollen es gern konkret und legen es deswegen vor.

5. Stärken Sie den Ausbau der Windkraft - es ist nicht mehr die Zeit, ideologische Scheuklappen anzulegen - und stärken Sie auch die Möglichkeit, sogenannte Bürgerwindkraftparks zu errichten, denn das stärkt im Übrigen auch die Akzeptanz.

Ganz oft ist es so, dass Bürgerinnen und Bürger sagen, ja, wir wollen Erneuerbare, ja, wir wollen Windkraft und spätestens bei der Debatte, wo stehen die am Ende, hört dann aber der Konsens auf. Eine Brücke, das wissen wir, ist die Frage der Akzeptanz, durch Bürger Windkraft zu stärken. Da setze ich zumindest auch an dieser Stelle auf das Wirtschaftsministerium, das das hoffentlich auch im Blick hat und das sicherlich auch auf einen guten Weg bringt.

Ich komme zum Schluss: Wir wollen Energie in Bürgerhand. Das deutet sich an bei der Frage der Windenergie. Es gibt inzwischen viele Bürgerkraftwerke in Thüringen; Ilmenau, Weimar, Jena, viele mehr haben Bürgerkraftwerkem initiiert. Es gehört zur Frage der Energie in Bürgerhand auch die Rekommunalisierung der Stadtwerke. Ich erwähne die Stadtwerke deswegen unter anderem, weil es gut möglich sein muss, landesseitig auch unterstützend zu helfen bei der Frage des Rückerwerbs von E.ON-Anteilen. Herr Ramelow hat es angesprochen. Es gibt einen Glücksfall unter den vielen. Der auslaufende Konzessionsvertrag der Stadtwerke Jena-Pößneck hat dafür gesorgt, dass die Stadtwerke ab sofort einen Strom mix anbieten, der völlig auf Atomstrom verzichtet; ein Mix ohne Atomstrom.

Herr Mohring, diese merkwürdige Rechnung, die Sie vorhin aufgemacht haben, dass Landesliegenschaften, wenn wir sie auf Ökostrom umstellen, dafür sorgen würden, dass woanders mehr Atomstrom ankäme, das verstehe ich weder mathematisch, das ist auch nicht logisch, weil sie natürlich - das wissen Sie doch am besten - Angebot und Nachfrage am besten auf dem Markt damit regeln, dass Sie mehr Ökostrom nachfragen.

Jetzt will ich, weil uns GRÜNEN das gern vorgeworfen wird - und ich sage auch, da sind wir immer noch im Diskussionsprozess und debattieren heftig -, auch noch etwas zum Ausbau der Netze sagen. Sie haben in dem gemeinsamen Entschließungsantrag der vier Fraktionen eine relativ windelweiche Formulierung. DIE LINKE liest vermutlich daraus, wir wollen keine 380-kV-Trasse, die FDP liest vermutlich daraus, wir wollen die 380-kV-Trasse. Es ist nicht klar, was Sie wollen. Wir sagen - ja, man kann viel interpretieren -, prüfen Sie den Ausbau der Netze. Das ist unser Wunsch.

Holzschnittartig Politik machen und sagen, wir brauchen den Ausbau der Netze, deswegen genügt uns die 380-kV-Trasse nicht, wenn Sie die Beweislast antreten, dass nur mit der 380-kV-Trasse gewährleistet ist, dass ökologisch erzeugter Strom alternativlos auch transportiert werden kann, sind wir zu jeder Debatte bereit. Aber es muss auch ein Prüfen aller Alternativen geben.

Die Suche nach Alternativen ist immer fruchtbar. Ich will ganz zum Schluss auf einen Punkt noch eingehen, den Bernd Ulrich vergangene Woche in der "ZEIT" schrieb. Er sagte: "Vielleicht ist das Jahrhundert eines ungehemmten, eines jugendlichen, ja pubertären Optimismus an diesem 11. März zu Ende gegangen."

Das war der ZEIT-Titel vergangene Woche. Und er schrieb weiter: "Von Zweifeln geplagt war er schon immer, der Optimismus, und floh doch immer wieder in die nächste Stufe des Fortschritts, von der Kohle ins Öl, vom Öl in die Atomkraft." "Man braucht" - so schließt er - "keine Liebe für die jetzige Weltbürgerschaft, es reicht schon Verstand."

Lassen Sie uns die Lehren aus Fukushima ziehen, kein erneutes Fukushima. Vielen Dank.